

PRESSEMITTEILUNG

Verbraucherzentrale für Kapitalanleger warnt Deutsche Bank vor Windkraftengagements Konsortialkredit an kontroversen Projektentwickler juwi AG wird skeptisch beurteilt

Berlin, 30.03.2014 - Die Verbraucherzentrale für Kapitalanleger (Vzfk) hat heute in einem offenen Brief an Jürgen Fitschen, den Vorstandssprecher der Deutsche Bank AG, vor Engagements im Bereich der Erneuerbaren Energien gewarnt. Insbesondere bat die Vzfk um eine kritische Überprüfung der Kundenbeziehung zum kontroversen Projektentwickler juwi AG aus dem pfälzischen Wörrstadt.

Die Vzfk argumentiert, dass nach den spektakulären Insolvenzen von Prokon, Windwärts, Windreich, Solar Millennium AG und vielen anderen dubiosen Renewable-Unternehmen weitere Schädigungen von Kapitalanlegern, aber auch Aktionären von Kreditinstituten, angesichts krasser Missstände im Bereich Renewables zu erwarten seien. Die Vzfk bittet den Deutsche Bank-Vorstand daher, durch geeignete Portfoliomaßnahmen und Kreditentscheidungen sicherzustellen, dass der Schaden für die Deutsche Bank AG, ihre Aktionäre und Kunden minimiert wird. Insbesondere bittet man um eine kritische Prüfung des Kreditengagements bei der aufgrund eines Korruptionsskandales in Thüringen sowie umstrittener Windkraftprojekte insbesondere im Naturpark Hochtaunus in die Kritik geratenen Projektentwicklers juwi AG.

Unter Verweis auf den Sachverständigenrat der Bundesregierung geht die Vzfk davon aus, dass das EEG-System kollabieren müsse und dass volkswirtschaftliche Verluste in mindestens dreistelliger Milliardenhöhe zu erwarten seien. Bereits heute ächzten Verbraucher und die deutsche Industrie unter einer im europäischen und internationalen Vergleich aberwitzig hohen Kostenbelastung. Die Energiepreise seien oft um mehr als 50 % höher als die im benachbarten Ausland beziehungsweise in den USA. Dies führe dazu, dass in zahlreichen Schlüsselindustrien die Neu-Investitionen unter den Abschreibungen liegen. Mit anderen Worten: Deutsche Arbeitnehmer bezahlen als Stromkunden ein gigantisches Arbeitsplatzvernichtungsprogramm. Das EEG-System führe auf Sicht zur Abwanderung der chemischen Industrie und anderer energieintensiver Industrien ins Ausland.

Dr. Martin Weimann, Vorstandssprecher der Vzfk: „Wir bitten den Vorstand, den gesellschaftlichen und politischen Einfluss der Deutsche Bank AG im Interesse ihrer stakeholder zu Gunsten eines baldigen Stopps des EEG Systems und für eine grundlegende Reform zu nutzen.“

Presseanfragen: Dr. Martin Weimann Tel.: 030-39509428

Zur Vzfk:

Die Verbraucherzentrale für Kapitalanleger e.V. (Vzfk e.V.) verfolgt gemäß ihrer Satzung die Interessen ihrer Mitglieder und aller außenstehenden Aktionäre, Anleihegläubiger und Verbraucher. Sie vertritt deren Interessen in Hauptversammlungen und in gerichtlichen Verfahren. Insbesondere begleitet sie Spruchverfahren zur Überprüfung der Angemessenheit von Barabfindungen bei Unternehmensverträgen oder nach Squeeze-outs. Weitere Informationen unter www.vzfk.de

Das Schreiben an der Vzfk an Jürgen Fitschen hat folgenden Wortlaut:

Deutsche Bank AG
Herrn Jürgen Fitschen
Co-Vorsitzender des Vorstands
Taunusanlage 12
60325 Frankfurt am Main

Berlin, den 30. März 2014

Offener Brief zur Positionierung der Deutsche Bank AG in Fragen der Energiewende, insbesondere zum problematischen Engagement bei der juwi AG

Sehr geehrter Herr Fitschen,

die Verbraucherzentrale für Kapitalanleger e.V. (Vzfk) wird, wie Ihnen sicherlich noch aus den Vorjahren in Erinnerung, auch in der anstehenden Hauptversammlung der Deutschen Bank AG zahlreiche Aktionäre vertreten.

Wir werden in der Hauptversammlung insbesondere Fragen zur Einigung mit den Klägern der Kirch-Gruppe stellen. Wir dürfen allerdings schon jetzt betonen, dass die Vzfk dem seitens des Vorstands geschlossenen Vergleich jedenfalls auf der Grundlage der bislang kommunizierten Eckpunkte grundsätzlich positiv gegenübersteht. Es ist zu begrüßen, dass eine jahrelange Belastung des Unternehmens und ihrer Führungskräfte endlich beseitigt werden konnte. Details werden noch zu diskutieren sein.

Zwecks angemessener Vorbereitung der Hauptversammlung wenden wir uns schon heute an Sie, um auf einen besonderen Themenschwerpunkt hinzuweisen. Wir werden in der Hauptversammlung das Augenmerk der Aktionäre auf das Engagement der Deutschen Bank im Bereich des – teilweise grauen - Kapitalmarktes für erneuerbare Energien lenken. In diesem Zusammenhang werden wir insbesondere das Kreditengagement der Deutsche Bank AG bei der Wörrstädter juwi AG in Frage stellen.

Nach den spektakulären Insolvenzen von Prokon, Windwärts, Windreich, Solar Millennium AG und vielen anderen dubiosen Renewable-Unternehmen sehen wir mit Sorge, dass weitere Schädigungen von Kapitalanlegern, aber auch Aktionären von Kreditinstituten, angesichts krasser Missstände im Bereich Renewables zu erwarten sind. Daher bitten wir Sie um kritische Überprüfung des Kreditengagements der Deutsche Bank AG bei der juwi AG sowie eine grundsätzliche Überprüfung der Engagements der Deutsche Bank AG in diesem Bereich.

Der Sachverständigenrat der Bundesregierung hat unlängst darauf hingewiesen, dass die bisherige Konzeption der „Energiewende“ offensichtlich gescheitert ist. Nennenswerte Innovationsimpulse oder positive Arbeitsplatzeffekte sind aus der schon jetzt zur hoch dreistelligen Milliardenlast gewordenen „Energiewende“ auch nicht zu erwarten. An vielen Tagen erbringen die jetzt schon in Deutschland installierten Windkraft- und Photovoltaikanlagen noch nicht einmal 5 % der installierten Leistung. An wenigen sonnen- und windreichen Tagen wird hingegen mehr Strom produziert, als in Deutschland nachgefragt wird. Dies führt mangels entsprechender Speichertechnologie dazu, dass ausländische Abnehmer für die Aufnahme der Überschußproduktion bezahlt werden und parallel eine konventionelle Energieerzeugung in bisheriger Dimension fortgeführt werden muss, um die Grundlast abzudecken und um Netzstabilität zu gewährleisten. Dies ist grotesk.

Das auch nach Feststellung des Sachverständigenrates gescheiterte EEG-Konzept hat bereits zu finanziellen Lasten von annähernd 400 Milliarden € geführt. Bei einer Fortentwicklung und einem ungebremsten Weiterlaufen der Renewable-Förderung sind Belastungen der Volkswirtschaft in der Größenordnung von über 1 Billionen € zu befürchten. Bereits heute ächzen Verbraucher und die deutsche Industrie unter einer im europäischen und internationalen Vergleich aberwitzig hohen Kostenbelastung. Die Energiepreise sind oft um mehr als 50 % höher als die im benachbarten Ausland beziehungsweise in den USA. Dies führt dazu, dass in zahlreichen Schlüsselindustrien die Neu-Investitionen unter den Abschreibungen liegen. Mit anderen Worten: Deutsche Arbeitnehmer bezahlen als Stromkunden ein gigantisches Arbeitsplatzvernichtungsprogramm. Das EEG-System führt auf Sicht zur Abwanderung der chemischen Industrie und anderer energieintensiver Industrien ins Ausland.

Es ist offensichtlich, dass das EEG-System kollabieren muss und dass volkswirtschaftliche Verluste in mindestens dreistelliger Milliardenhöhe zu erwarten sind. Es liegt nahe, dass auch privaten Kapitalanlegern, darunter auch Kunden der Deutschen Bank, exorbitante Verluste drohen. Wir bitten Sie daher, durch geeignete Portfoliomaßnahmen und Kreditentscheidungen sicherzustellen, dass der Schaden für die Deutsche Bank AG, ihre Aktionäre und Kunden minimiert wird. Darüber hinaus bitten wir Sie, den gesellschaftlichen und politischen Einfluss der Deutsche Bank AG im Interesse ihrer stakeholder zu Gunsten eines baldigen Stopps des EEG-Systems und für eine grundlegende Reform zu nutzen.

Seite 4

Mit besonderer Sorge sehen wir das Kreditengagement der Deutsche Bank AG bei der Wörrstädter juwi-Gruppe. Diese Sorge gründet nicht nur in der EEG-Problematik, sondern insbesondere in dem in verschiedenen Situationen in Verruf geratenen Geschäftsgebaren von juwi. Wie Ihnen sicherlich aus der Wirtschaftspresse bekannt ist, hat die Staatsanwaltschaft in Thüringen Anklage gegen Herrn Matthias Willenbacher, Gründer und Vorstandsmitglied der juwi AG, wegen Vorteilsgewährung erhoben. Der Vorteilsempfänger, der ehemalige thüringische Innenminister Köckert, wurde bereits zu einer Freiheitsstrafe von 15 Monaten auf Bewährung verurteilt. Die „Welt am Sonntag“ betitelte kürzlich einen großen Bericht über die juwi AG mit „Pioniere im Zwielficht“. Vor Ihrer Haustür im Taunus scheint sich zudem momentan ein veritabler „Bürgerkrieg“ gegen die juwi AG und deren zweifelhaftes Windkraftprojekt mitten im Naturpark bei Neu-Anspach zu entwickeln. RWE/Süwag haben sich aus diesem Projekt bereits mit Blick auf die Kritik der Bevölkerung zurückgezogen. juwi versucht nun durch merkwürdige Manöver die lokale Politik zur Fortführung zu bewegen. Dagegen gehen die Bürger auf die Barrikaden. In Internetforen wird spekuliert, ob ein Fall von juwi-Korruption wie in Thüringen vorliegt. Wir sehen mit Sorge, dass aufgrund dieser Sachverhalte das Kreditengagement der Deutschen Bank problematisch werden könnte und bitten um entsprechende Prüfung.

Aufgrund der besonderen Bedeutung der Thematik und der volkswirtschaftlichen Relevanz erlauben wir uns diesen Brief zu veröffentlichen und den Medien zur Verfügung zu stellen.

Wir freuen uns auf eine interessante Diskussion in der Hauptversammlung der Deutsche Bank AG am 22. Mai.

Mit freundlichen Grüßen

VzfK